

Stärkung des Bevölkerungsschutzes

Bevölkerung schützen – Ehrenamt stärken –
Strukturen weiterentwickeln

Beschluss der CDU-Landtagsfraktion
Baden-Württemberg im Rahmen der Klausurtagung
vom 13. – 15. September 2022 in Freudenstadt

Wie wichtig der Bevölkerungsschutz auch in der heutigen Zeit für unser Land ist, wurde uns durch die anhaltenden Katastrophen und Krisen der jüngeren Vergangenheit, wie etwa die weltweite Corona-Pandemie, die Unwetterkatastrophen im Jahr 2021 und der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, vor Augen geführt. Um im Ernstfall gut vorbereitet zu sein, wollen wir den Bevölkerungsschutz besonnen, aber dennoch nachhaltig stärken und unsere Bevölkerung auf Notfallsituationen konsequent vorbereiten.

Mit unserem Paket aus konkreten Maßnahmen wollen wir den Bevölkerungsschutz im Land in seinen wesentlichen Funktionen stärken, seine Arbeit in der ganzen gesellschaftlichen Breite würdigen und den Respekt der Bevölkerung gegenüber unseren Bevölkerungsschützerinnen und Bevölkerungsschützern wiederherstellen. Den Fokus legen wir dabei auf eine Stärkung der Zusammenarbeit, national wie international (1.), die Stärkung von Ehrenamt und Nachwuchs (2.), die Stärkung der technischen Ausstattung (3.) und die Vorbereitung unserer Bevölkerung auf Katastrophen (4.)

1. Stärkung der Zusammenarbeit

a) Zusammenarbeit und Aufgabenverteilung

Gerade in Notsituationen ist eine gute Zusammenarbeit, länderübergreifend – aber auch mit den europäischen Nachbarstaaten – essentiell. Die guten und seit vielen Jahren bewährten Strukturen im Bevölkerungsschutz möchten wir daher sichern und stärken. Insbesondere gilt dies in Bezug auf die Aufgabenteilung zwischen dem Bund und den Ländern. Während der Zivilschutz in den Kompetenzbereich des Bundes fällt, sind für den Katastrophenschutz die Länder zuständig. Katastrophen und deren vielfältige Auswirkungen können am besten vor Ort erkannt und bewältigt werden. Dem Bund kommt über das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) und gemeinsam mit den Ländern über das neue Gemeinsame Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz (GeKoB) eine Koordinierungsfunktion zwischen den verschiedenen Akteuren zu. Das GeKoB gemeinsam als strukturierte Koordinierungsstelle mit Leben zu füllen, sehen wir als eine Hauptaufgabe der Zusammenarbeit in den nächsten Jahren.

b) Zusammenarbeit innerhalb von Baden-Württemberg

Die Zusammenarbeit der vielfältigen Bevölkerungsschutzorganisationen im Land muss weiter ausgebaut und strukturell verbessert werden. Gerade durch den Klimawandel müssen wir uns darauf einstellen, zukünftig häufiger mit Extremwettersituationen konfrontiert zu sein. Multikomplexe Lagen werden zunehmen. Konstruktiv soll daher die Funktionsfähigkeit der Ebenen übergreifenden Stäbe mit dem interministeriellen Verwaltungsstab an der Spitze unter Einbeziehung operativer Experten gestärkt werden. Aufgrund der ressortübergreifenden Betroffenheit bei komplexen Lagen müssen auch die Katastrophenschutzreferate und Krisenstäbe der Regierungspräsidien zielgerichtet ausgebaut werden. Dazu gehört auch die Unterstützung organisationsübergreifender und innovativer Kooperationsprojekte.

c) Übung macht den Meister

Nur durch regelmäßiges Üben werden Arbeitsabläufe verinnerlicht und selbstverständlich. Noch stärker als bisher wollen wir den Fokus auf regelmäßige Übungen, auch grenzüberschreitend mit unseren europäischen Nachbarn, legen. Hierzu sollen in Übungsszenarien unter Federführung des Innenministeriums neben den Organisationen des Bevölkerungsschutzes auch die Stadt- und Landkreise, die Gemeinden, die Polizei, die Cybersicherheitsagentur Baden-Württemberg (ggf. in Kooperation mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik [BSI]), die Bundeswehr und die Bevölkerung miteingebunden werden. Zu denken ist dabei an Übungen zu flächendeckenden Vegetationsbränden, zu Unwettern mit Sturzfluten und Hochwassern, zu flächendeckenden mehrtägigen Stromausfällen gepaart mit Cyberangriffen, Angriffen auf die kritische Infrastruktur und militärischen oder terroristischen Angriffen auf zentrale staatliche Institutionen. Zentraler Bestandteil sollten dabei auch regelmäßige Stabsrahmenübungen sein.

Daneben setzen wir uns auch für regelmäßige Schulungen der Verantwortungsträger in der Leitungsebene der unteren Katastrophenschutzbehörden ein.

2. Stärkung von Ehrenamt und Nachwuchs

Insbesondere dank dem großen Einsatz der zahlreichen Ehrenamtlichen ist der Bevölkerungsschutz in Baden-Württemberg gut aufgestellt. Das muss in hohem Maße wertgeschätzt und unterstützt werden. Bereits im Jahr 2020 haben wir mit dem „Gesetz zur Stärkung der Rechte der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer im Bevölkerungsschutz“ unseren Ehrenamtlichen den Rücken gestärkt. Hieran wollen wir anknüpfen und das Ehrenamt auch künftig attraktiv halten.

Daneben setzen wir uns für eine Entlastung des Ehrenamtes ein, indem wir unnötige Bürokratie im täglichen Ablauf abschaffen – zum Beispiel bezüglich bestehender Dokumentationspflichten, auch gegenüber dem Bund. Im Katastrophenfall muss es darum gehen, schnell und zielgerichtet zu handeln, statt uferlose bürokratische Formulare auszufüllen. Wir achten auf die Verständlichkeit von Rechtsvorschriften. Die CDU-Fraktion regt insoweit eine Bundesratsinitiative zur Entbürokratisierung des Ehrenamtes an.

Wir stehen als CDU-Landtagsfraktion ohne Abstriche hinter unseren Ehrenamtlichen. Mit der von uns mit initiierten Nachwuchswerbekampagne und dem sehr gut nachgefragten Bevölkerungsschutzmobil haben wir schon ein viel beachtetes Zeichen gesetzt. Diesen Weg wollen wir in den kommenden Jahren weiter beschreiten und ausbauen. Dazu gehört aber auch, dass wir Kampagnen ins Leben rufen, die den Respekt vor der Tätigkeit der Ehrenamtlichen in den Fokus rücken. Ein konsequentes und entschiedenes Vorgehen bei Straftaten gegenüber unseren Bevölkerungsschützern ist dabei selbstverständlich. Durch die Einführung der Ehrenamtskarte bekunden wir unsere große Wertschätzung gegenüber allen ehrenamtlich Tätigen.

3. Stärkung der technischen Ausstattung

Einsatzfähige und moderne Technik ist für die Bewältigung von Katastrophen zentral. Auf der auskömmlichen Ausstattung unserer Bevölkerungsschutz-Organisationen liegt ein klarer Schwerpunkt unserer Arbeit.

a) Stärkung der Rettungsdienste

Die Investitionsförderung im Rettungsdienst inklusive Berg- und Wasserrettung möchten wir ausbauen. Insbesondere gilt es, für einen effektiven Bevölkerungsschutz im weißen Bereich (Rettungsdienst inklusive Berg- und Wasserrettung) eine ausreichende Finanzierung sicherzustellen. Zudem drängen wir auf eine stärkere finanzielle Unterstützung unserer überwiegend ehrenamtlich getragenen Berg- und Wasserrettung, sowie der Höhlenrettung und der Rettungshundestaffeln im Bevölkerungsschutz. Den Aufbau modular einsetzbarer spezialisierter Katastrophenschutzzüge begrüßen wir.

Um eine noch bessere Luftrettung für alle Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg zu erreichen, unterstützen wir unter Berücksichtigung rettungsdienstlicher, wirtschaftlicher und genehmigungsrechtlicher Gesichtspunkte die zeitnahe Umsetzung des Luftrettungsgutachtens unter Schaffung zusätzlicher Rettungshubschrauberstandorte. Zudem begrüßen wir die Bestrebungen, den bodengebundenen Rettungsdienst einer Strukturanalyse zu unterziehen, um auch hier effektiver und schneller zu helfen.

b) Stärkung der Feuerwehren

Um eine verlässliche Unterstützung der Kommunen für Beschaffungen im Feuerwehrwesen sicherzustellen, werden wir die Feuerschutzsteuer weiterhin zweckgebunden zu Gunsten der Feuerwehr einsetzen.

Da die Beschaffung von Fahrzeugen mit hohem bürokratischen Aufwand im Zuge europaweiter Ausschreibungen verbunden ist, werden wir prüfen, inwiefern durch Sammelausschreibungen und modulare Einheitsausschreibungen sowohl die Feuerwehren als auch die Organisationen des Bevölkerungsschutzes beim Beschaffungsprozess unterstützt werden können.

Schließlich wollen wir mit dem Ausbau der Landesfeuerweherschule in Bruchsal und zusätzlichen Ausbildungsplätzen dafür sorgen, dass notwendige Fortbildungen zeitnah und ohne lange Warteliste erfolgen können. Gemeinsam mit den Vertreterinnen und Vertretern unserer Feuerwehren wollen wir uns über die Möglichkeit zur Einrichtung regionaler Schulungszentren austauschen.

c) Stärkung der Leitstellenstruktur

Noch in dieser Legislaturperiode wollen wir den langgehegten Wunsch eines eigenen Leitstellengesetzes umsetzen, um damit die Leitstellen neu und moderner zu strukturieren. Wir setzen dabei auf eine effektive und effiziente Leitstellenstruktur. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben brauchen die Leitstellen eine Ausstattung auf dem aktuellen Stand der Technik.

Daneben setzen wir uns für einen landesweiten Datenaustausch mit einer einheitlichen Software und entsprechenden Schnittstellen ein.

4. Verstärkte Vorbereitung der Bevölkerung

Die rasche und zielgerichtete Warnung der Bevölkerung kann im Katastrophenfall über Leben und Tod entscheiden. Wir setzen deshalb auf einen breiten Warn-Mix, um möglichst alle Bürger informieren zu können. Dazu zählen neben dem Rundfunk und dem Internet insbesondere auch Warn-Apps, Cell-Broadcasting und Sirenen. Damit auf entsprechende Warnmeldungen richtig reagiert wird, ist eine Sensibilisierung der Bevölkerung notwendig.

a) Bevölkerungsschutz in die Schule

In Notfallsituationen besteht für den Einzelnen häufig nur wenig Zeit, sich ausführlich über mögliche Verhaltensoptionen zu informieren. Deshalb ist es wichtig, intuitiv zu wissen, wie man im Katastrophenfall richtig reagiert. Dafür muss der Staat die Bürger vorab umfassend informieren. Hier wollen wir bereits in den Schulen anfangen: In diesem Zusammenhang begrüßen wir ausdrücklich das Projekt zwischen Innen- und Kultusministerium zum richtigen Verhalten im Katastrophenfall als Lehrinhalt an Schulen. Ähnlich wie bei Feueralarmübungen halten wir es für zielführend, wenn an den Schulen im Rahmen von Projekttagen jährliche Katastrophenschutzübungen durchgeführt werden. Wir wollen auch einen Schwerpunkt auf altersgerechte digitale und mediale Angebote legen.

b) Einbeziehung der Bevölkerung

Jeder einzelne Haushalt kann seinen Beitrag in Notsituationen leisten. Das BBK empfiehlt jedem Haushalt die eigene dauerhafte Bevorratung von Nahrung, Wasser und weiteren lebensnotwendigen Verbrauchsgegenständen für wenige Tage. Hierüber möchten wir mit gezielten weiteren Informationskampagnen aufklären und die Bevölkerung sensibilisieren.

c) Stärkung der Sireneninfrastruktur

Sirenen können Leben retten. Die Bundesregierung hat deshalb Anfang 2021 ein erstes Förderprogramm zur Wiedererrichtung eines flächendeckenden Sirenennetzes auf den Weg gebracht. Die vom Bund bereitgestellten Mittel reichen aber bei weitem nicht aus, um alle Anträge baden-württembergischer Kommunen positiv bescheiden zu können. Die Bundesregierung muss deshalb den Ländern zeitnah mehr Fördermittel zum Aufbau eines flächendeckenden Sirenennetzes zur Verfügung stellen. Wir unterstützen den Vorstoß der Innenministerkonferenz (IMK) ein 10-Milliarden-Sonderprogramm für den Bevölkerungsschutz zeitnah auf den Weg zu bringen. Zudem möchten wir prüfen, ob regelmäßig flächendeckend Probealarmierungen der Sirenen – ähnlich wie in Österreich – auch für Baden-Württemberg zu einer Verbesserung der Warninfrastruktur beitragen können.

d) Notfalltreffpunkte in jeder Gemeinde und krisenfeste Gemeinden

Nach Schweizer Vorbild möchten wir, dass in jeder Gemeinde in Baden-Württemberg Notfalltreffpunkte eingerichtet werden. Die notwendige Infrastruktur für die Versorgung

der Bürger mit Strom, Wasser und Zugang zu medizinischer Versorgung ist hier bereitzustellen und die Möglichkeit, Notrufe abzusetzen, zu gewährleisten.

Wir begrüßen die dahingehende Initiative des Innenministeriums zu Notfalltreffpunkten sowie zu der Anschaffung von Notstromaggregaten und Satellitentelefonen in allen Kommunen, um eine zuverlässige Kommunikation der Katastrophenschutzbehörden in Krisenlagen zu gewährleisten und abzusichern. Dafür wurde den Städten und Gemeinden bereits eine „Rahmenempfehlung Notfalltreffpunkte“ zur Verfügung gestellt.

e) Von Betroffenen lernen

Um für den Ernstfall bestmöglich vorbereitet zu sein, planen wir, nach Abschluss des Untersuchungsausschusses des Landtages von Rheinland-Pfalz zur Flutkatastrophe im Ahrtal, den entsprechenden Abschlussbericht auf etwaigen Handlungsbedarf in Baden-Württemberg hin auszuwerten und ggf. umzusetzen.

Fazit

Unsere große Anerkennung gilt den zahlreichen Bevölkerungsschützern in Baden-Württemberg, die ganz überwiegend im Ehrenamt Tag und Nacht für unsere Sicherheit eintreten. Als CDU-Landtagsfraktion stehen wir an der Seite unserer Bevölkerungsschützerinnen und Bevölkerungsschützer. Mit den geplanten Maßnahmen wollen wir den Bevölkerungsschutz zukunftsfähig ausbauen.